

// VORSITZENDER | AG SCHULLEITUNG //

GEW Rheinland-Pfalz • Martinsstraße 17 • 55116 Mainz

An
Ministerium für Bildung
Bildungspolitische Sprecher im Landtag
Fraktionsvorsitzende im Landtag

Martinsstraße 17
Eingang Mathildenstraße
55116 Mainz
Tel.: 06131 28988-0
Fax: 06131 28988-80
gew@gew-rlp.de

www.gew-rlp.de
www.facebook.com/GEW.RLP
twitter.com/gew_rlp

10. November 2020
Ha/aw

Schulleitungen arbeiten weit über den Belastungsgrenzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit dem Beginn der Schulschließungen arbeiten die Schulleitungen im Land permanent an den Umsetzungen der sich ständig ändernden Vorgaben und unter dem Anspruch für ihr Kollegium, ihre Schüler*innen und deren Angehörigen den bestmöglichen Gesundheitsschutz und gleichzeitig bestmögliche Beschulung mit maximaler Entlastung des Elternhauses zu ermöglichen. Ein nicht leistbarer Spagat!

- Die Entwicklung der Hygienepläne in den Schulen vor Ort und deren Umsetzung liegt fast ausschließlich in den Händen der Schulleitungen. In Grundschulen gibt es viel zu selten ein Leitungsteam, vielerorts auch keine Stellvertreter*in, mit dem/der sich die Schulleitung besprechen, organisieren oder Arbeit teilen kann. So bleibt oft nur das Wochenende durchzuarbeiten, damit alle Kolleg*innen, Lehrer*innen und Kinder den Vorgaben entsprechend lehren und lernen können. Wenn Schulleitungen die Corona bedingten Vorgaben umsetzen und um die Akzeptanz bei Kolleg*innen, Eltern und Schüler*innen werben muss, muss diese frühzeitig in die Planung des Ministeriums eingebunden und informiert werden.
- Durch die Planung des neuen Schuljahres mit der Umsetzung der Hygienepläne und Aufstellung der verschiedenen „Szenarien“, Notbetreuung in den Osterferien, Organisation von Sommer- und Herbstschule hatten die Schulleitungen in den Schulferien faktisch keinen Erholungszeitraum. Unentwegt waren sie in der Schule und immer ansprechbar für die Gesundheitsämter, Schulaufsicht, Kolleg*innen und Eltern.
- Der aktuell hohe Krankenstand in den Kollegien, der unter Corona-Bedingungen vertreten werden muss, führt dazu, dass auch Klassen zuhause bleiben müssen, da Lerngruppen nicht mehr einfach aufgeteilt werden können. Dies wird von der Schulaufsicht kritisch gesehen. Vertretungslehrkräfte für Langzeiterkrankte sind am Markt nicht verfügbar, auch hier werden die Schulen alleingelassen und müssen aus eigener Kraft Lösungen finden.
- Dies gilt auch für die Ganztagschule, wo aufgrund von Alter, Vorerkrankungen und Corona-(Verdachts-)Fällen Personal wegbricht. Ein Regelbetrieb ist hier unter Coronabedingungen nicht mehr möglich.
- Schulleitung muss jetzt coronabedingt dringend von der Unterrichtsverpflichtung befreit werden. Die vielen neuen Dokumentationen zu organisieren und immer vollständig vorzuhalten, damit Gesundheitsämter schnell und richtig handeln können, bedeutet einen riesigen Verwaltungsmehraufwand, der aber unerlässlich ist in dieser Pandemie. Auch der interne Kommunikationsaufwand ist massiv gestiegen. Für eigentliche Schulleitungsaufgaben bleibt fast keine Zeit mehr. Schulentwicklung findet kaum noch statt.

- Die technische Ausstattung ist vielerorts völlig unzureichend, um Fernunterricht oder digitales Lernen zu ermöglichen, geschweige denn dass Lehrkräfte ihre Schüler*innen darauf vorbereiten könnten. Die Kommunikation mit den Schulträgern ist oft mühsam und aufgrund der Haushaltslage der Kommunen gelingt es häufig nicht, die Ausstattung und die digitalen Rahmenbedingungen der Schulen schnell genug zu verbessern. Die Verantwortung dafür trägt in den Augen der Öffentlichkeit oft die Schulleitung.
- FFP2 – Masken für Lehrer*innen, Luftreinigungsgeräte im Klassenzimmer/Lehrerzimmer, Spuckschutz für Lehrer*innen und regelmäßige Corona-Schnelltests müssen vom Land sofort organisiert werden und nicht in die Verantwortung der klammen Kommunen abgegeben werden.
- Wir fordern Bildungsgerechtigkeit an unseren Schulen im Land. Es darf nicht sein, dass Gesundheitsschutz und Qualität von Fernunterricht von der Finanzlage und Bereitschaft der Schulträger abhängt. Dafür ist das Land verantwortlich!
- Die zunehmenden „Querdenker“ und Maskengegner führen zu massiven Konflikten in den Schulen vor Ort und entladen sich immer an der Person der Schulleitung. Das ist unerträglich für die Kolleg*innen der Schulleitungen, die immer bemüht sind, alles richtig im Sinne der Vorgaben zu machen, täglich diskutieren müssen und sich dabei völlig alleine gelassen fühlen.
- Schulleitungen tragen die alleinige Verantwortung für den Gesundheitsschutz der Lehrkräfte und Schüler*innen.

Sie müssen die organisatorische Aufrechterhaltung des vollständigen Schulbetriebs mit Ganztagschule und Betreuender Grundschule für die Schüler*innen und Eltern gewährleisten.

Sie sind in ständigem Kontakt mit ihren Kolleg*innen, um aktuelle Fragen und Probleme vor Ort zu lösen.

Sie müssen die Umsetzung der Vorgaben des Dienstherrn erfüllen, die teilweise widersprüchlich sind und die Schulen oft zu spät erreichen.

Diese dauerhaften Belastungen, der psychische Druck und das Gefühl, allein gelassen zu werden, machen Schulleitungen krank. Aus Verantwortungsgefühl gegenüber „ihrer“ Schule schleppen sie sich jedoch unter allen Umständen und gesundheitlich mehr als angeschlagen zum Dienst, weil sie in der Schule einfach nicht fehlen können.

Es ist eine Frage der Zeit, wann dieses System zusammenbricht. Das Land muss JETZT handeln und Schulleitungen entlasten. Wir brauchen echte Unterstützung vom Ministerium und der ADD und keine ständig zusätzliche Bürokratie. Der umfassende Gesundheitsschutz der Lehrkräfte und Schüler*innen muss oberste Priorität haben, wenn die Schulen offen bleiben sollen.

Wir fordern die Freistellung der Schulleitungen von der Unterrichtsverpflichtung zugunsten von Corona-Verwaltungsstunden. Jede Schule braucht endlich eine stellvertretende Schulleitung mit zusätzlichen SL-Stunden und mehr Verwaltungspersonal.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus-Peter Hammer